

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 13 (1921)  
**Heft:** 8  
  
**Rubrik:** Ausland

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Ausland.

**Deutschland.** Das «Korrespondenzblatt» veröffentlicht den Jahresbericht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1920. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich gegenüber dem Vorjahr für die Arbeiterschaft verschlechtert. Die zunehmende Arbeitslosigkeit veranlasste den Vorstand, bei der Reichsregierung eine *Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung* zu verlangen; die Regierung erhöhte darauf die Unterstützungsansätze um 25 Prozent. Auf Verlangen des Vorstandes des A. D. G. fand auch eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der die Frage ausreichender *Arbeitsbeschaffung* geprüft wurde, in deren Folge die Reichsregierung die Zusicherung abgab, dass allein vom Eisenbahnministerium für zirka 16 Milliarden Mark Aufträge zur Vergabe kommen sollten, dass ähnliche Aufträge für die Reichspost vorbereitet würden und dass ferner der Wohnungsbau mit allen Mitteln gefördert werde. Auch im *Reichswirtschaftsrat* vertraten die Mitglieder des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Erfolg ihre Forderungen bezüglich Hilfsmassnahmen für produktive Erwerbslosenfürsorge.

Der Vorstand verwendete sich ferner in einer Eingabe für die *Arbeitsinvaliden*, um deren Bezüge denjenigen der Erwerbslosen gleichzustellen; ferner wurde eine angemessene Erhöhung der Bezahlung der *Arbeitsleistung der Strafgefangenen* verlangt und erreicht.

Auch die Tätigkeit des Vorstandes in Fragen der Verbilligung der Lebenshaltung beanspruchte viel Arbeit. In der Folge der Pariser Verhandlungen erliess der Bundesvorstand am 4. Februar, gemeinsam mit dem Afa-Bund und dem Beirat der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, einen Aufruf «An die Arbeiter der Welt», um auf die Londoner Verhandlungen einen massigenden Einfluss auszuüben. Ferner gab der Vorstand eine Denkschrift heraus, in der an Hand wirtschaftlicher Tatsachen die Unsinnigkeit der Pariser Beschlüsse dargetan wurde.

In den Vorstandssitzungen des I. G. B. vom 22. und 23. Oktober 1920 legten Legien und Grassmann die Lage der deutschen Arbeiterschaft dar; die Drohungen der Entente, das Ruhrgebiet zu besetzen, veranlassten den I. G. B., eine besondere Kommission dahin zu entsenden.

Der Bericht befasst sich ferner mit der Lohnbewegung der Eisenbahner und mit der Verordnung des Reichspräsidenten gegen Streiks in lebenswichtigen Betrieben. Auf 1. Januar 1921 wurde eine Warenversorgungsstelle der deutschen Gewerkschaften ins Leben gerufen. Die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse konnten nicht fortgesetzt werden. Vom Betrag für die Finanzierung der Betriebsrätekurse (1 Million aus Reichsmitteln) fallen nun dem A. D. G. B. zirka 420,000 Mark zu.

Die Auflage der Betriebsrätezeitung beträgt 115,000 Exemplare. Ausweiskarten sind bisher 324,000, Informationsbroschüren 157,000 verkauft, und von den Fragebogen wurden 51,000 Stück ausgegeben.

Die Jahresabrechnung des Bundesvorstandes schliesst ab mit einer Totalsumme von 13.155.660 Mark (im Vorjahre 11.639.610 Mark). Wie die Einnahmen sind auch die Ausgaben gewaltig angewachsen. So betragen die Mehrausgaben für Verwaltungskosten 200,996 Mark, für Agitation 426,449 Mark, für das «Korrespondenzblatt» 541,865 Mark und für die «Gewerkschaftliche Frauenzeitung» 1,029,195 Mark.

Das «Korrespondenzblatt» erscheint in einer Auflage von 61,000 Exemplaren, der «Gewerkschaftliche Nachrichtendienst» in einer solchen von 450 und die

des in polnischer Sprache erscheinenden Gewerkschaftsblattes «Oswiata» erreicht 15,690 Stück.

Im Verlage des A. D. G. B. ist ausserdem eine Anzahl Schriften erschienen, die sich hauptsächlich mit Betriebsräte- und allgemeinen Arbeiterfragen befassen.

**Frankreich.** Lohnreduktionen und Lebenshaltung. In der französischen Industrie sind Tarifverträge vorherrschend, welche die Löhne auf Grund einer gleitenden Lohnskala regulieren. Ein Teil des Lohnes variiert je nach den Kosten der Lebenshaltung, wie sie aus den Indexziffern ersichtlich sind. So ist die Frage, wie die Indexziffern gewonnen werden, durchaus nicht gleichgültig und führte letzten Endes dazu, dass die Arbeiter aus den Ausschüssen zur Festsetzung der Indexziffern freiwillig ausgeschieden sind, indem sie die Verantwortung für die Art und Weise, wie diese errechnet werden, nicht tragen wollen. Durch das Vorherrschen der Unternehmerinteressen — so behaupten sie — werden die Zahlen tendenziös und zum Nachteil der Arbeiter festgesetzt. Die Indexziffern beziehen sich im übrigen auf die Kosten der Lebenshaltung für eine Arbeiterfamilie von vier Köpfen. Wir teilen hier die Mengen der Lebensmittel und täglichen Bedarfsartikel mit, welche für eine solche Familie nach den Angaben der «Information sociale» für das Jahr gerechnet wurden; deren Preise bilden den Ausgangspunkt für die Festsetzung der Indexziffern. Es sind gerechnet im Durchschnitt 500 kg Brot, 150 kg Rindfleisch, 50 kg Kalbfleisch, 20 kg Butter, 240 Eier, 300 Liter Milch, 800 kg Kartoffeln, 30 kg Bohnen, 20 kg Zucker, 10 kg Oel, 30 kg Petroleum, 365 Liter Wein, 20 kg Käse, 20 kg Fett, 16 Liter Essig, 14 kg Kaffee. Für Wohnung sind 300 Fr. Miete vorgesehen. Die Zahlen schwanken sehr bedeutend, je nach den verschiedenen Gegenden, besonders für den Brot- und Weinverbrauch. Der Brotverbrauch hat sich jedoch in der Periode 1914/20 nicht geändert. — In einem andern Zusammenhang fragt der «Manchester Guardian»: «Wie kommt es, dass die französischen Arbeiter trotz ihren niedrigen Löhnen vor dem Krieg und auch seither mehr Fleisch pro Kopf verbrauchen als die englischen Arbeiter nach den amtlichen englischen Angaben?» Aus den oben angeführten Zahlen ergibt sich jedoch, dass dem tatsächlich ungewöhnlich hohen Fleischverbrauch keine entsprechenden Mengen anderer Lebensmittel gegenüberstehen.

**Südafrika.** Im Januar fand zu Johannesburg unter dem Vorsitz von R. Patterson der erste Jahreskongress des Südafrikanischen Industrieverbandes statt. Dieser zerfällt in folgende fünf Abteilungen: Bauwesen, Manufaktur und allgemeine Produktion, öffentliche Dienste (darunter auch Banken), Transportwesen und Bergbau. Crawford sprach über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung und wies darauf hin, wie schwierig es sei, angesichts des Widerstandes der Mehrzahl der Unternehmer, weitere Zugeständnisse zu erlangen. Die *Arbeitslosenfrage* soll noch der weiteren Prüfung unterzogen werden. Die Frage der *Verwendung farbiger Arbeiter* wurde den einzelnen Organisationen zum Entscheid überwiesen. Der Kongress gab in einer Resolution der Forderung Ausdruck, dass, falls Industriearbeiter vor Gerichten oder anderen Behörden zu erscheinen haben, Personen hinzugezogen werden sollen, die über die Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter Bescheid wissen. Der Kongress forderte auch die Errichtung eines *ständigen Industrierates*, der zu derselben Zeit seine Sitzungen abhalten, wenn das Parlament und die Provinzialräte tagen und sich über Fragen äussern soll, die die Industrie und die Hilfsquellen des Landes betreffen. In diesen Industrierat wäre ein Vertreter der organisierten Arbeiter in jeder Industrie zu entsenden.